

MEDIENMITTEILUNG

Vor einer Woche hat das Parlament nach grossen Differenzen ein Rahmengesetz zum staatlich anerkannten elektronischen Ausweis beschlossen. Die E-ID ist damit aber längst nicht unter Dach und Fach: Bei der ersten öffentlichen Diskussion zwischen Vertretern des Referendumskomitees, Befürwortern und Experten wurde gestern Abend deutlich, dass der Schweiz noch eine intensive Debatte bevorsteht.

Aarau, Schweiz – 02.10.2019 | Geht es nach der Parlamentsmehrheit, sollen private Unternehmen als «Identity Provider» eine zentrale Rolle bei der elektronischen Identifizierung in der Schweiz spielen. Befürworter dieser Lösung betonen ihre Wirtschaftlichkeit und verweisen auf Misserfolge in Ländern, wo der Staat eine E-ID im Alleingang herausgibt. Für die Gegner ist klar, dass die elektronische Identifizierung eine staatliche Aufgabe sein muss. Durch das beschlossene Gesetz würden die Bürger entmündigt und riskieren, die Hoheit über ihre Daten an gewinnorientierte Unternehmen zu verlieren.

Arbeitsteilung zwischen Staat und Privaten als Erfolgsmodell

Für Befürworter des aktuellen Rahmengesetzes wie Nationalrat Beat Flach (GLP) oder Markus Naef (Swiss ID) ist klar: Nur eine Arbeitsteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft führt zu einer nutzerfreundlichen und sicheren E-ID. Mit einer verifizierten digitalen Identität können gemäss einer Studie volkswirtschaftliche Vorteile von 2-4% des BIP realisiert werden. Das gilt aber nur bei einer genügend grossen Masse von Nutzern und breiten Anwendungsmöglichkeiten. Die Beispiele Deutschland (3% Durchdringung) und England (5%) zeigen, dass die Nutzung bei einer rein staatlichen Lösung gering ausfällt. In Ländern mit einer Public-Private-Partnership-Lösung (PPP), wie sie auch die Schweiz plant, ist die E-ID deutlich erfolgreicher (z.B. 75% Durchdringung in Schweden).

Elektronische Identifizierung als hoheitliche Aufgabe

Die Gegner dieser Arbeitsteilung wie Nationalrätin Sibel Arslan (Grüne) wollen ebenfalls eine staatlich verifizierte E-ID. Sie sehen sich nicht als Digitalisierungs-Verhinderer – im Gegenteil: Der Schweizer Staat müsse zu Zeiten der Digitalisierung die Fähigkeit aufbauen, selber eine E-ID zu entwickeln. Alles andere wäre ein Armutszeugnis. Auch handle es sich bei der elektronischen Identifizierung um eine hoheitliche Aufgabe des Staates. Die Bürgerinnen und Bürger sollen deshalb zumindest die Wahl haben, eine rein staatliche E-ID zu nutzen. Das Referendum sei entscheidend, um in der Bevölkerung eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema E-ID auszulösen.

Kosten beim Staat, Profite bei Privaten?

Kritische Stimmen aus dem Publikum wiesen auf den Misserfolg beim e-Voting hin, das ebenfalls im PPP-Modell entwickelt wurde. Nach einer langen und teuren Entwicklungsphase beschloss der Bundesrat wegen mangelnder Sicherheit und Transparenz, die reguläre Einführung zu verschieben. Es wird befürchtet, dass auch bei der E-ID die Kosten für Misserfolge beim Staat liegen würden, die Profite bei Erfolg hingegen bei den privaten Anbietern. Es müsse unbedingt klar sein, wer bei Sicherheitslücken und Datenmissbrauch hafte. Der Datenschutz sei bei der geplanten Arbeitsteilung höchst fraglich.

Vertrauen von der physischen in die digitale Welt übertragen

Für ETH-Professor Adrian Perrig ist klar: Ein Grundproblem des heutigen Internets ist das Fehlen einfacher Mechanismen, um Personen zu authentifizieren. Die E-ID muss deshalb Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen, ihre Vertrauensbeziehungen aus der physischen in die digitale Welt zu übertragen. Aktuell wird an der technologischen Ausgestaltung solcher Lösungen intensiv geforscht. Dabei muss es aber unbedingt eine Fehlertoleranz geben. Es wäre eine Illusion zu erwarten, dass bei der digitalen Identifizierung plötzlich keine Fehler mehr gemacht würden. Sicherheitsrisiken gebe es im digitalen Raum ebenso wie im physischen.

Medienkontakt FORUM SICHERHEIT SCHWEIZ:

Fredy Müller, Geschäftsführer
+41 44 533 04 00
sekretariat@forum-sicherheit-schweiz.ch

Zum FORUM SICHERHEIT SCHWEIZ:

Das FORUM SICHERHEIT SCHWEIZ ist eine **interessenübergeordnete, politisch unabhängige** und **ganzheitlich ausgerichtete DIALOGPLATTFORM**, für alle Bereiche der Sicherheit. Ziel ist es, den **sachneutralen Dialog** auf nationaler Ebene zwischen Wirtschaft, Politik, Behörden, Wissenschaft, Milizorganisationen und der gesamten Bevölkerung zu stärken und zu intensivieren. Auf [unserer Webseite](#) finden Sie weitere relevante Informationen.